

<b>Staatliche Deputation für Kultur</b>			
19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015-2019			
<b>Protokoll der Sitzung am 27. Juni 2018</b>			
Sitzungstag: Mittwoch	Sitzungsbeginn: 15:10 Uhr	Sitzungsende: 16:30 Uhr	Sitzungsort: Malsaal des Stadttheaters Bremerhaven, Linzer Straße 1-5, 27568 Bremerhaven

### **Tagesordnung:**

TOP 1:	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2:	Kenntnisnahme des Protokolls der letzten Sitzung	
TOP 3:	Vorstellung ausgewählter Kulturthemen der Seestadt Bremerhaven durch Vertreter/innen aus der Seestadt Bremerhaven Von Bremerhaven vorgesehene Programm:	
	Begrüßung durch den Dezernenten für Schule und Kultur Herrn Stadtrat Michael Frost	
	Begrüßung durch die Theaterleitung Intendant Ulrich Mokusch mit einem Kurzvortrag über die Arbeit des Stadttheaters Bremerhaven und die Perspektiven einer Landeskulturpolitik am Beispiel des Stadttheaters Bremerhaven	
	Allgemeine Kulturentwicklung in Bremerhaven, Vorstellung durch Kulturamtsleiterin Dorothee Starke	

#### **TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung**

Die Deputation für Kultur genehmigt die Tagesordnung.

#### **TOP 2: Kenntnisnahme des Protokolls der letzten Sitzung**

Da das Protokoll der letzten Sitzung auf Grund von Abstimmungsprozessen noch nicht vorliegt, wird die Kenntnisnahme auf die folgende Sitzung verschoben.

#### **TOP 3: Vorstellung ausgewählter Kulturthemen der Seestadt Bremerhaven durch Vertreter/innen aus der Seestadt Bremerhaven**

##### **Begrüßung durch den Dezernenten für Schule und Kultur Herrn Stadtrat Michael Frost**

Herr Frost sagt, dass er es begrüße, dass die Sitzung der Deputation für Kultur nach etlichen Jahren wieder einmal in Bremerhaven stattfindet und dankt für das Interesse der anwesenden Deputierten wie auch der Gäste aus Bremerhaven an der Kulturentwicklung in der Seestadt.

Zunächst berichtet Herr Frost von einer im Januar 2017 durchgeführten Umfrage von infratest dimap zur Eigenständigkeit des Landes Bremen im Vergleich zu einer möglichen

Fusionierung mit Niedersachsen. Hier habe sich gezeigt, dass zwar 55 Prozent der Befragten sich dafür ausgesprochen hätten, dass die bestehende Struktur des Landes Bremen erhalten bleiben solle. 51 Prozent der befragten Bremerhavenerinnen und Bremerhavener hätten angegeben, dass das Land Bremen oder zumindest die Stadt Bremerhaven dem Land Niedersachsen angegliedert werden solle. Dies zeige, dass die Identifizierung in der Stadtgemeinde Bremerhaven mit dem Land Bremen als Stadtstaat nicht sehr hoch sei. Die Identifikation mit dem Land Bremen sei zu stärken. In diesem Kontext könne auch die Kultur wichtige Impulse setzen. Es stelle sich die Frage, welche Identität Bremerhaven habe und welchen Beitrag die Kultur zu dieser besonderen Identität leiste. Er verwies auf eine schwierige Debatte in der Stadtverordnetenversammlung über die Aufrechterhaltung des Kulturangebots unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen.

Bremerhaven habe dabei in einem öffentlichem Diskussionsprozess erörtert, wie es sich zukünftig kulturell aufstellen wolle und die Ergebnisse in der Broschüre „Zukunftswerkstatt Kultur Bremerhaven 2027“ dokumentiert. Dabei sei deutlich geworden, dass die Kulturausgaben je Einwohner sowohl in Bremerhaven als auch in Bremen dem Durchschnitt der Stadtstaaten entsprächen und ungleich niedriger liegen würden, wenn Bremerhaven eine kreisfreie Stadt in Niedersachsen werden würde.

Kultur sei wichtig sowohl für die Identität des Bundeslandes wie auch der Seestadt. Er begrüße, dass der Bremerhavener Haushalt einen deutlichen Akzent bei der Kultur setze. Es sei aber darauf hinzuweisen, dass Bremerhaven vom Land eine Schlüsselzuweisung erhalte und dann selbst entscheide, wie diese Gelder verwendet werden würden. Der Haushalt werde dann vom Senat genehmigt.

Es sei nichts desto trotz gewinnbringend, gemeinsam eine kulturpolitische Vision zu entwickeln. Im Jahre 2027 werde der 200. Geburtstag der Seestadt Bremerhaven gefeiert. Dies sei ein guter Anlass, sich mit der eigenen Identität und Vergangenheit als Stadt Bremerhaven zu beschäftigen und über eine gemeinsame kulturpolitische Vision zu diskutieren, die Bremen und Bremerhaven teilten, auch mit dem Ziel, dass in künftigen Umfragen die Menschen wieder mehr schätzen könnten, dass Bremen ein eigenständiges Bundesland mit zwei in hohem Maße autonomen Stadtgemeinden sei. Der Intendant des Stadttheaters Bremerhaven, Herr Ulrich Mokrusch, erinnert an die Geschichte des Hauses und erläutert, dass sich das Stadttheater Bremerhaven bereits seit dem Jahr 1911 an ein und derselben Stelle in der Stadt befände. Der große Saal umfasse 700 Plätze, das kleine Haus 120. Pro Jahr gebe es etwa 500 Vorstellungen, davon 30 Premieren. Seit seiner Gründung im Jahre 1911 sei das Stadttheater ein kommunales Haus, es erhalte keine ausgewiesenen Landesmittel. Die Stadt Bremerhaven zahle einen Zuschuss von 13 Millionen Euro pro Jahr bei einem Gesamtetat von 15 Millionen Euro. Die Vorstellungen seien mit 140.000 Besuchern pro Jahr im Schnitt etwa zu 80 bis 85 Prozent ausgelastet. Darauf könne man stolz sein. Der Slogan der kommenden Spielzeit „Das letzte Theater vor New York“ nehme die Historie Bremerhavens als Auswandererhafen auf und verweise auf den engen Bezug der Stadt zu den USA. Dort habe mehrere hundert Jahre, nur 500 Meter vom heutigen Stadttheater entfernt, der Norddeutsche Lloyd seine Linienschiffe nach New York abgefertigt.

Herr Mokrusch berichtet, dass etwa 40 Prozent der Kinder, die in Bremerhaven wohnen, von Hartz IV leben müssten. Es gebe hier eine sehr heterogene multikulturelle Bevölkerung. Mittlerweile seien vier Theaterpädagogen am Theater beschäftigt. Es sei wichtig, nah an der Basis zu arbeiten, um eine große Bindung zum und eine Vertrautheit junger Menschen mit dem Stadttheater zu fördern. Das Stadttheater sei die zweitgrößte kulturelle Einrichtung im Land Bremen, und daher wünsche man sich einen engeren Kontakt zum Land und auch der Stadt Bremen. Dazu gebe es aber nur sehr wenige Möglichkeiten, da sich bremische Politiker oft für nicht zuständig erklärt hätten. Mit

Ausnahme eines Besuchs von Staatsrätin Emigholz sei hier wenig passiert. Ihm ginge es dabei nicht so sehr um finanzielle Unterstützung, obwohl es für ihn leichter sei, Mittel vom Bund als vom Land Bremen einzuwerben, sondern vielmehr um Wahrnehmung und Wertschätzung der geleisteten Arbeit. Er sehe die heutige Sitzung als Auftakt für einen solchen Kontakt. Im zweiten Schritt könne es darum gehen, gemeinsam Ziele für das gesamte Bundesland zu definieren und dabei Themen wie den Zusammenhang der Gesellschaft und Multikulturalität in den Blick zu nehmen.

Staatsrätin Emigholz antwortet, dass es wichtig sei, den kulturpolitischen Austausch zwischen Bremerhaven und Bremen zu vertiefen. Die Seestadt Bremerhaven werde einen eigenen Teilbereich innerhalb des in Arbeit befindlichen Kulturförderberichts beisteuern. Gerade im Kulturbereich gebe es ihrer Ansicht nach keine Berührungängste der jeweiligen Akteure, mehr gemeinsame Projekte seien durchaus möglich. Ein eigener Bremerhavener Teil im Kulturförderbericht sei wichtig, um die kulturpolitischen Schwerpunkte der Seestadt darzustellen und die Wertschätzung für die hiesigen Kulturakteure zu unterstreichen.

Frau Kroh würdigt die Arbeit des Stadttheater mit Geflüchteten. In den Bereichen Sozialarbeit und Interkulturalität seien die Leistungen bemerkenswert. Auf Seiten der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gebe es hohe Sympathie für zweckgebundene Zuweisungen des Landes Bremen für die Kultur in Bremerhaven und für einen entsprechenden Theaterkontrakt.

Herr Drechsel merkt an, dass in den Äußerungen von Herrn Frost und Herrn Mokrusch viel Stolz und Selbstbewusstsein sowie der Wunsch nach einer Kommunikation auf Augenhöhe erkennbar gewesen sei. Kultur sei seiner Meinung nach ein wichtiger und identitätsstiftender Bereich. Er halte das Land Bremen mit seinen beiden Stadtgemeinden für eine Schicksalsgemeinschaft, daher seien gemeinsame Aktivitäten wichtig. Kultur stehe für Attraktivität, sei ein Wirtschaftsfaktor und wichtig für das Image Fremdbild einer Stadt. Es sei daher notwendig, eine gemeinsame Identitätsbildung innerhalb des Landes Bremen zu forcieren.

Herr Rohmeyer verweist auf die kommunale Eigenständigkeit der Seestadt Bremerhaven. Vor diesem Hintergrund seien Ideen für eine Landeskulturpolitik stets auf Widerstand gestoßen. Bisher seien Zweckbindungen der bremischen Zuwendungen an Bremerhaven in der Seestadt kritisch gesehen worden. Es gelte, diese Idee politisch umsichtig zu behandeln, da es sich möglicherweise um einen Paradigmenwechsel handele. Er fragt Herrn Frost nach der Haltung des Magistrats zu diesem Themenkomplex. Herr Rohmeyer sagt, dass ein gemeinsames Landestheater aus dem Theater Bremen und dem Stadttheater Bremerhaven seiner Meinung nach absurd sei.

Herr Bolayela dankt besonders Herrn Mokrusch für seine Ausführungen. Es müssten zukünftig mehr gemeinsame Projekte geplant werden, die zu einer besseren Verbindung zwischen Bremerhaven und Bremen beitragen könnten.

Frau Strunge würdigt die aus ihrer Sicht beeindruckende Zahl an jährlichen Vorstellungen des Stadttheaters sowie die hohe Auslastung. Angesichts der Sozialstruktur Bremerhavens stelle sich die Frage, wie noch mehr „nicht-typisches“ Publikum ins Theater gebracht werden könne. Sie fragt, ob es für einige Menschen freien Eintritt ins Theater gebe und inwieweit diese Möglichkeit tatsächlich genutzt werde.

Herr Frost antwortet Herrn Rohmeyer, dass es einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung gebe, nach dem die Finanzierung des Stadttheaters in die Neuordnung der Finanzbeziehung zwischen dem Land Bremen und der Seestadt Bremerhaven einfließen solle. Dieser Prozess sei in Vorbereitung, eine Beschlusslage des Magistrats dazu gebe es noch nicht. Innerhalb dieses Prozesses sei die Finanzierung des Stadttheaters einer von vielen Punkten, die zu regeln seien. Bisher sei Bremerhaven

allerdings mit der pauschalierten Zuweisung vom Land gut gefahren, aber bei engen finanziellen Spielräumen gebe es naturgemäß Verteilungskämpfe zwischen den einzelnen Politikbereichen. Möglicherweise ergeben sich aber hier nach 2020 andere Möglichkeiten. Bis dahin wolle er die Zeit nutzen, um über Inhalte zu sprechen.

Herr Mokusch ergänzt zu der Frage, wie weitere Personengruppen für das Theater gewonnen werden könnten, dass am Haus tätige Theaterpädagogen an den Partnerschulen des Theaters als Multiplikatoren agieren würden. Auch die Bildungs- und Kulturteilhabegutscheine könnten an vielen Stellen eingesetzt werden. In Bremerhaven gebe es zudem mit der sogenannten „Kulturloge“ ein Angebot für Menschen in schwierigen finanziellen Lebenslagen.

Frau Yildiz erkundigt sich, wie mit dem Angebot des Stadttheaters Bremerhaven Geflüchtete erreicht würden. Außerdem möchte sie wissen, wie es mit der Bezahlung der Mitarbeiter aussehe.

Herr Mokusch entgegnet, dass es im Stadttheater Tarifverträge gebe; natürlich sei damit eine eigentlich zu schlechte Bezahlung für Menschen mit einem akademischen Abschluss verbunden. Die finanziellen Mittel des Hauses seien zu etwa 85 Prozent durch Personalkosten gebunden. Würde jetzt – wie aktuell in der bundespolitischen Diskussion zu hören sei – der Mindestlohn angehoben, dann führe das für das Theater zu einem Problem. Zum Thema Geflüchtete merkt er an, dass versucht werde, geflüchtete Erwachsene an das Theater heranzuführen, was sich jedoch als schwierig gestalte. Gute Erfahrungen habe man hingegen gemacht in der Zusammenarbeit mit geflüchteten Kindern. Generell gestalte sich das Thema Interkultur jedoch schwierig.

Staatsrätin Emigholz betont die wohlwollende Haltung des Ressorts und der Deputation dem Stadttheater Bremerhaven gegenüber. Haushaltsberatungen würden jedoch in der Regel nicht von der Kulturpolitik geführt. Wo ihr Haus fachlich unterstützen könne, werde dies gern getan, da sich die Seestadt kulturell positiv entwickelt habe. Es brauche eine kulturelle Vielfalt für ein attraktives Stadtbild, und eine solche Vielfalt könne Menschen nach Bremerhaven locken. Hier sei die Seestadt auf einem guten Weg. Sie wünsche sich eine Ebene für einen gemeinsamen, konstruktiven Austausch, auch zum Kulturförderbericht.

Dorothee Starke, Kulturamtsleiterin in Bremerhaven berichtet, dass Bremerhaven über eine reichhaltige und vielfältige Kulturszene verfüge. Neben den großen Institutionen wie dem Deutschen Schifffahrts-Museum (DSM), dem Historischen Museum und dem Kunstmuseum, dem Stadttheater und auch den beiden privatwirtschaftlich geführten Institutionen Klimahaus und Deutsches Auswandererhaus gebe es zahlreiche selbständige Kulturschaffende. Darüber hinaus zu erwähnen seien wichtige Initiativen, die von einem starken und engagierten Ehrenamt geführt würden, allen voran das zum Kunstverein gehörende und mittlerweile weltberühmte Kabinett für Aktuelle Kunst. Das Bremerhavener Kulturadressbuch umfasse 200 Seiten, zur regelmäßig Anfang Juni stattfindenden langen Nacht der Kultur würden seit Jahren 45 Bühnen in der Stadt gleichzeitig bespielt. Diese Vielfalt und Qualität sei umso bemerkenswerter, gerade weil die Kultur in den vergangenen Jahren von keiner Sparrunde ausgenommen worden sei, so Frau Starke. Mit der Haushaltsaufstellung 2016/17 sei man an einem Punkt angelangt, wo weitere Kürzungen für etliche Einrichtungen das Aus bedeuten würden. Ein Beispiel dafür sei die Galerie 149. Damit sei der Zeitpunkt für eine inhaltliche Auseinandersetzung gekommen. Es stelle sich die Frage, welche und wie viel Kultur für die Stadt erwünscht sei. Diese Fragen habe man auch in der „Zukunftswerkstatt. BremerhavenKultur. 2027“ mit Blick auf das 200-jährige Bestehen Bremerhavens im Jahr 2027 diskutiert.

Aufgabe sei es gewesen, einen konkreten Handlungsleitfaden für die zukünftige und zeitnahe Kulturentwicklung zu erarbeiten. Ausgangspunkt der Diskussion sei eine

klassische Stärken/Schwächen/Chancen/Risiken-Analyse des Bremerhavener Kulturangebots gewesen. Aus den Ergebnissen dieses Bürgerforums habe man gemeinsam mit einer Lenkungsgruppe, bestehend aus Akteuren aus Bildung, Stadtplanung, Kultur und Wirtschaft, die nächsten Schritte abgeleitet. Dabei seien fünf Schwerpunktthemen ermittelt worden: Junges Bremerhaven, Außendarstellung der Stadt, Imagewandel zur Kultur- und Wissenschaftsstadt sowie interkulturelle Öffnung und Ehrenamt.

Als erste Resultate der Zukunftswerkstatt seien folgende Maßnahmen verabschiedet worden: Als ein eindeutiger Schwerpunkt der Zukunftswerkstatt sei die Sparte Bildende Kunst ausgemacht worden. Ausgehend von dieser Feststellung habe man durch eine Mittelverschiebung im Haushalt die finanziellen Zuwendungen für den Kunstverein für 2018/19 erheblich anheben können, die Galerie 149 abgesichert und die Mittel für freie Projekte leicht angehoben. Zudem sei ein neuer Haushaltsansatz für einen niedrigschwelligen Jugendkulturfond gebildet worden. Außerdem sei geplant, die Einrichtungen der Kulturellen Bildung – Jugendkunstschule, Jugendmusikschule, das tanzpädagogische Projekt TAPST, das theaterpädagogische Projekt TheaTheo und die Koordinierungsstelle für kulturelle Bildung in einer Immobilie zusammenzuziehen, um Synergieeffekte und eine größere Anziehungskraft zu erzielen. Zur Stärkung der Freien Szene würden die Förderrichtlinien überarbeitet und diese den ausgemachten Zielen angepasst.

4. Deutlich formuliert worden sei die Erkenntnis, dass der notwendige Imagewandel Bremerhavens nur unter Einbeziehung der Kultur gelingen könne. Die Aufgabe von Kulturämtern weise längst über die reine Verwaltungstätigkeit hinaus und müsse die Vielfalt der Stadtgesellschaft, die kulturellen Interessen aller sozialen Schichten und Gruppen im Blick haben. Kultur werde in der Bevölkerung als Querschnittsaufgabe wahrgenommen. Aus diesem Grund werde eine Neuausrichtung des Kulturstamts als Querschnittsamt für Stadtidentität, Standortpolitik und Stadtmarketing vorgenommen sowie als Serviceeinrichtung und Berater für die Kulturschaffenden.

Frau Starke betont, dass sie Gespräche für eine gemeinsame Landes-Kulturstrategie für sinnvoll erachte. Es sei unverständlich, dass für Bremerhaven bestimmte Bundesfördermittel nicht zur Verfügung stünden, da man nicht auf die nötigen Landesmittel zur Komplementärfinanzierung zugreifen könne. Sie freue sich über die Möglichkeit, einen Bremerhavener Teil zum Kulturförderbericht beizusteuern.

Herr Rohmeyer spricht sich dafür aus, auch mit Blick auf eine mögliche Landeskulturpolitik in engem Austausch zu bleiben. Dafür könne beispielsweise ein gemeinsam verfasster Kulturförderbericht für das Land, der also nicht aus je einem eigenen Bericht für die Städte Bremen und Bremerhaven bestehe, ein Anlass sein. Der Kulturförderbericht liege den Deputierten noch nicht vor. Hier sei es maßgeblich, herauszuarbeiten, welche kulturpolitischen Ziele verfolgt und inwieweit diese mit Geld hinterlegt seien. Des Weiteren müsse über die starren Verhältnisse im Land Bremen zwischen den Städten Bremen und Bremerhaven diskutiert werden, es gelte, am Gemeinschaftsgefühl zu arbeiten.

Herr Bolayela regt einen gemeinsamen Kulturfonds an, der eine Begleitung, Beratung und Finanzierung für kulturelle Projekte bedeuten könne.

Herr Drechsel schlägt vor, dass in Bremerhaven über eine Zusammenlegung von Kulturstamt, Musikschule und Volkshochschule nachgedacht werde, da diese zu mehr Synergieeffekten führen könne. Er merkt an, dass die von Frau Starke dargestellte Kulturwerkstatt eine Dynamik entwickelt habe. Die vorliegende Broschüre „Bremerhaven Kultur 2027“ sei zwar begrüßenswert, enthalte jedoch noch keine Hinweise zur Umsetzung von Inhalten.

Frau Starke erklärt, dass es bereits einen Jugendkulturfonds für 13- bis 27-Jährige gebe, die ihren Wohnsitz in Bremerhaven haben. Es gebe diesbezüglich Beratungsangebote im Kulturamt; nicht jedes Projekt sei ein Erfolg. Aber ihrer Meinung nach sei es wichtig, dass die jungen Menschen lernen, dass ein Projekt auch scheitern dürfe. Zu dem Vorschlag von Herrn Drechsel, ein gemeinsames Haus der kulturellen Bildung zu initiieren, entgegnet Frau Starke, dass es das Konzept für ein solches Haus in Ansätzen bereits gebe. Momentan sei man mitten im Prozess, die konkrete Umsetzung eines solchen Vorhabens solle noch folgen.

Frau Strunge dankt für den Bericht. Das Beispiel der Galerie 149 verdeutliche, welche Problematik sich mit etwaigen Mittelkürzungen verbinde. Ihr sei besonders wichtig, dass der Wunsch nach einer gemeinsamen Landeskulturpolitik in die weiteren Diskussionen im Rahmen der Deputation für Kultur mit einbezogen werde.

Staatsrätin Emigholz betont, dass sie die Kultur als eine Querschnittsaufgabe sehe. Es sei wichtig, dies auch offensiv zu vertreten. Die heutige Debatte mit Bremerhaven habe gezeigt, dass strategische Kerne ähnlich beurteilt werden würden. Zur Erstellung der Endfassung des Kulturförderberichts werde es eine öffentliche Veranstaltung unter Einbeziehung der Kulturdeputation geben. Die jeweiligen Termine würden frühzeitig bekannt gegeben, es gelte in einem gemeinsamen Prozess zu bleiben. Sie schlage vor, dass sich auch die Bremerhavener Akteure einbringen sollten.

#### **4. Verschiedenes**

Wortmeldungen liegen nicht vor. Frau Strunge beendet die staatliche Sitzung für Kultur.



---

Sprecherin



---

Protokollführerin

# Teilnehmerliste

Staatliche Deputation für Kultur

19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019

Ort: Malsaal

Stadttheater Bremerhaven

am: 27. Juni 2018

von: 15:10

bis: 16:20

Teilnehmer	Unterschrift*)	Teilnahme von – bis **)
Senator Dr. Carsten Sieling		
Staatsrätin Carmen Emigholz	<i>Carmen Emigholz</i>	
Elombo Bolayela	<i>Bolayela</i>	
Jens Crueger	<i>i.V. Mehmet-Ali seyrel</i>	
Ulf-Brün Drechsel	<i>Ulf-Brün Drechsel</i>	
Susanne Grobien	<i>S. Grobien</i>	
Martin Michalik	<i>Martin Michalik</i>	
Claas Rohmeyer	<i>Claas Rohmeyer</i>	
Sükrü Senkal	<i>i.V. Arno Gollig</i>	
Miriam Strunge	<i>M. Strunge</i>	
Dr. Anne Kroh	<i>An Kroh</i>	
Kai-Lena Wargalla	<i>Kai-Lena Wargalla</i>	
Bernd Ravens	<i>B. Ravens</i>	

\*) Vertreter/in bitte den Namen in Druckschrift vermerken und mit „i.V.“ unterschreiben.

\*\*) nur ausfüllen, wenn nicht an der gesamten Sitzung teilgenommen wurde.



Deputation für Kultur (staatlich)

Anwesenheitsliste  
Sitzung am 27.06.2018

19. Legislatur-Periode

Vertreter des Senators für Kultur

Name	Name	Name
Andreas Madsen	J. Kolbowski	
Christian Wüchler		
Heiner Steiner		
Souja von Grobenuski		

Vertreter anderer Behörden

Behörde	Name

Sachverständige, Gäste

Organisation	Name
Sf adt Kultur	Marcel Payer